Sächsischer Landtag
8. Wahlperiode

DRUCKSACHE 8/8931

Antrag

der AfD-Fraktion

Patientensicherheit im Freistaat gewährleisten – Gefälschte Berufsausbildungszeugnisse bei Gesundheitspersonal effektiv bekämpfen

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

1. Die Landesdirektion Sachsen beauftragte die Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe (GfG) in den Jahren 2021 bis 2025 in insgesamt 1.745 Verfahren betreffend ausländische ärztliche Qualifikationsnachweise. Nach Auskunft der Staatsregierung wurde dabei kein gefälschtes Dokument festgestellt. Die Prüfung beschränkt sich hierbei im Wesentlichen auf eine bloße „Plausibilisierung“ (z. B. via Internetrecherche) der vorliegenden Informationen (vgl. Drs. 8/6561).

2. Im Bereich der Gesundheitsfachberufe wurden im selben Fünfjahreszeitraum keinerlei Echtheitsprüfungen durch die GfG vonseiten des Kommunalen Sozialverbands (KSV) veranlasst. Aufgrund rechtlicher Regelungen zur Vereinfachung der Anerkennungsverfahren reicht dort die Einreichung einfacher Kopien oder elektronischer Scans aus, da standardmäßige Echtheitsprüfungen in den Ausbildungs- und Prüfungsverordnungen nicht vorgesehen sind (vgl. Drs. 8/7745).

II. Die Staatsregierung wird aufgefordert,

1. sich gegenüber dem Bund und den Ländern dafür einzusetzen, dass eine spezialisierte zentrale Prüfungsstelle beim Bund oder als gemeinsame Institution der Bundesländer eingerichtet wird – zum Beispiel durch Erweiterung der Gutachtenstelle für Gesundheitsberufe, welche die Echtheit von ausländischen Zeugnissen und Abschlüssen in Gesundheitsfachberufen zentral und mit höchster technischer Expertise prüft, ohne dabei die Verfahrensdauer für ehrliche Bewerber zu verzögern;

2. zu prüfen, wie in Sachsen ein risikobasiertes Prüfverfahren eingeführt oder weiterentwickelt werden kann, das bei konkreten Zweifeln insbesondere die direkte Bestätigung durch ausstellende Einrichtungen, den Abgleich mit amtlichen Registern sowie vertiefte dokumententechnische Untersuchungen vorsieht und zugleich unnötige Verzögerungen ordnungsgemäßer Anerkennungsverfahren vermeidet;

Eingegangen am: 09.11.2026 Ausgegeben am: 09.11.2026

3. sich auf Bundesebene für die Schaffung einer gesetzlichen Grundlage für einen länderübergreifenden Informationsaustausch über abschließend als gefälscht, verfälscht oder unter falscher Identität vorgelegt festgestellte Qualifikationsnachweise einzusetzen, wobei Datenschutz, Zweckbindung, Zugriffsrechte, Berichtigungsansprüche und Löschungsfristen zu regeln sind;

4. darauf hinzuwirken, dass bei begründeten Zweifeln an der tatsächlichen Erlangung einer formal echten Qualifikation ergänzende fachliche, theoretische oder praktische Überprüfungen vorgenommen werden können.

Begründung:

Bereits im Jahr 2015 warnte das Bundesministerium des Innern die Länder vor gefälschten syrischen Bildungs- und Berufsabschlüssen bei Flüchtlingen.[1] Seit der Verabschiedung des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes im Jahr 2023 registriert die Bundespolizei nun zunehmend Fälle, in denen ausländische Arbeits- und Ausbildungsnachweise manipuliert wurden.[2] Besonders im Gesundheitssektor zeigt sich diese Entwicklung: Bundesweit mehren sich Vorfälle, bei denen Pflegekräfte mit unechten Diplomen oder unzureichend geprüften Qualifikationen in Kliniken und Pflegeeinrichtungen eingesetzt wurden.[3,4]

Aktuelle Berichte der Bundesregierung belegen, dass bei Überprüfungen gefälschte Berufszeugnisse (z. B. aus Syrien, dem Iran, Kenia und der Ukraine) identifiziert werden konnten.[5] Fälschungsdokumente stellen im Gesundheitswesen ein erhebliches Risiko für die Patientensicherheit und die Qualität der medizinischen Versorgung in sächsischen Kliniken und Pflegeheimen dar. Ein besonderes Problem besteht darin, dass in manchen Ländern – etwa in Bosnien – Abschlüsse gekauft werden können. Dies ist im Anerkennungsverfahren besonders schwer zu erkennen, da die Urkunden keine Fälschungen sind.[6] Da die Landesdirektion Sachsen und der KSV für die Anerkennung ausländischer Berufe im Gesundheitswesen zuständig ist, trägt der Freistaat die direkte Verantwortung für die Überprüfung.

Konsequentere Maßnahmen sind dringend erforderlich, um die hohe Qualität der Gesundheitsversorgung in Sachsen sicherzustellen und das elementare Vertrauen der Bevölkerung in das Gesundheitssystem zu erhalten.

Dresden, 09.11.2026

elektronisch signiert

Unterschrieben von
JAN-OLIVER ALDO ZWERG
am 09.11.2026

Jörg Urban, MdL und AfD-Fraktion
i.V. Jan-Oliver Zwerg,
MdL und AfD-Fraktion

---

[1] Siehe https://www.focus.de/politik/deutschland/innenministerium-warnt-falsche-zeugnisse-und-diplome-fluechtlinge-koennen-im-libanon-antragspakete-kaufen_id_5066196.html.

[2] Siehe https://www.spiegel.de/panorama/justiz/arbeitsmigration-bundespolizei-warnt-vor-falschen-fachkraeften-a-c5c91b60-4136-4a7a-b690-da43743be943.

[3] Siehe https://www.dw.com/de/mit-gef%C3%A4lschten-diplomen-in-deutsche-krankenh%C3%A4user/a-47351869.

[4] Siehe https://www.welt.de/wirtschaft/plus244945832/Krankenpflege-Leiharbeiter-mit-gefaelschtem-Zeugnis-der-Pflege-gehen-die-Profis-aus.html.

[5] Siehe https://dserver.bundestag.de/btd/21/004/2100455.pdf, Vorbemerkung der Bundesregierung, S. 2.

[6] Siehe https://www.rtl.de/cms/bosnien-so-einfach-kommen-fake-pflegekraefte-an-einen-abschluss-4285881.html.